

PRESSEINFORMATION

**Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied**

Bearbeiterin
Christiane Conzen

E christiane.conzen@staedtetag-bw.de
T 0711 22921-48
F 0711 22921-42

Az 047.43 - P 259/2016 · Co

17.08.2016

100 Tage Grün-Schwarz

Stuttgart. Am 19. August ist die grün-schwarze Regierung 100 Tage im Amt. Der Städtetag Baden-Württemberg begrüßt die Aufnahme der Gespräche der Minister mit den Kommunalen Landesverbänden und steht mit beiden Fraktionen im intensiven Austausch. Er wünscht sich, dass nun zu den im Koalitionsvertrag vereinbarten Zielen belastbare Finanzierungszusagen an die kommunale Seite kommen.

Seit langem fordert der Städtetag, die Integrationskosten für die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen zu erstatten. Denn hier geht es eben nicht um die gern zitierte Unterbringung von Obdachlosen, sondern um die Versorgung von geflüchteten Menschen, die durch staatliche Stellen den Städten und Gemeinden zugewiesen wurden. Obdachlose brauchen keine Integrationskurse, keine Sprachkurse und auch keinen Sicherheitsdienst.

Der Städtetag Baden-Württemberg empfindet vor allem die

Sparvorschläge der Koalition als schwierigen Auftakt der Gespräche: „Kommunen und Beamte wollen sich nicht als vorrangige Adressaten der Einsparbemühungen der neuen Landesregierung sehen“, so Gudrun Heute-Bluhm, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Städtetags Baden-Württemberg, „430 Millionen Euro sollen sie zum Einsparziel des Landes beitragen, ohne dass uns bisher transparent aufgezeigt wurde, warum das Land trotz sprudelnder Steuern nicht mit seinen Einnahmen auskommt.“

Das Land könne nicht kommunale Sparbeiträge verlangen, um damit die in der Koalition vereinbarten politischen Ziele zu finanzieren.

Eine umfassende und detaillierte Bewertung der Koalitionsvereinbarung hat der Städtetag Baden-Württemberg in seinen Auftaktgesprächen an die Ministerien übergeben.